

Aus Handwerk und Gewerbe.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“
(§ 3 der württ. Verfassung vom 25. September 1919.)

Warum Wahlrechtsreform in Württemberg?

Die Mängel des bisherigen Wahlrechts / Wiederherstellung eines persönlichen Verhältnisses zwischen Wählern und Gewählten / Nicht bloß Stimrecht, sondern wirkliches Wahlrecht / Das bessere Wahlrecht im kleineren Nachbarstaat Baden

Gemäß einer Entschliebung, die auf der Landtagssitzung des Verbandes württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen am 18. September ds. Js. in Rottweil einstimmig gefaßt wurde, hat sich der Verband an Regierung und Landtag gewandt, um eine Aenderung des Landtagswahlgesetzes herbeizuführen.

Wenn sich der Verband dieses ihm gewordenen Auftrages mit aller Dringlichkeit nunmehr entledigt, so ist zu bemerken, daß, wenn auch nach den stattgefundenen Landtagsverhandlungen der letzten Wochen anscheinend kein besonderes Verlangen auf Aenderung des Wahlrechts innerhalb der Fraktionen selbst beobachtet werden konnte, namentlich die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes, überhaupt weite Kreise des Volkes eben anders denken. Daher wurde beantragt, die Gesetzesänderung so zeitig vorzunehmen, daß die neuen Bestimmungen bei den im kommenden Jahr stattfindenden Landtagswahlen zugrunde gelegt werden können.

Daß die derzeit in Württemberg geltenden Bestimmungen ein Wahlrecht im eigentlichen Sinne des Wortes nicht mehr darstellen, vielmehr nur noch ein übergeleitetes Stimrecht bedeuten, das dem Wähler auch die verfassungsmäßig garantierte Unmittelbarkeit der Wahl genommen hat, ist bitteres Allgemeinurteil des Volkes geworden. Bei näherem Zusehen widerfährt jedoch den Wählern mit dem System starrer Listen, auf deren Zustandekommen die Masse der Wähler so gut wie keinen Einfluß hat, und mit der in die Hand der Parteileitungen selbst gelegten und bei jeder Wahl veränderbaren Einteilung der Wahlkreise nur eine arithmetische, papierene Gerechtigkeit. Der Wähler entbehrt auch völlig der persönlichen Beziehung zu den von ihm Gewählten. Die langen gebundenen Listen, bei denen sich doch gezeigt hat, daß zu ihrer Auffüllung ernsthafte Bewerber für die Parteizettel nicht zu gewinnen sind, solchen Listen vielmehr die Spekulation auf die verschiedenen Wählergruppen und Verufe allzu deutlich anzusehen ist, werden von weiten Wählerkreisen als eine unwürdige Zumutung angesehen.

Die Wiederherstellung des persönlicheren Verhältnisses zwischen Wählern und Gewählten ist daher eine Grundforderung, die unter allen Umständen verwirklicht werden muß.

Daß diese Forderung auch in einem neuen württ. Gesetz ohne besondere Schwierigkeiten und ohne Preisgabe des in der Verfassung gesicherten Verhältniswahlrechts in die Tat umgesetzt werden kann, zeigt mit aller Deutlichkeit das neue badische Landtagswahlgesetz, das dort in wenigen Monaten gesetzgeberisch erledigt wurde. Mit Recht ist in der Begründung der badischen Regierung zu ihrem Gesetzentwurf folgendes ausgeführt:

Die Wähler glauben, durch die über großen Wahlkreise und die dadurch bedingten langen Listen in ihrem unmittelbaren Wahlrecht beeinträchtigt zu sein, da ihnen auf die Auswahl der Bewerber nicht genügend Einfluß zusteht; sie fühlen sich zu einem willenslosen Werkzeug der Parteileitung herabgedrückt.

Auf die Dauer muß das bisherige Wahlrecht nicht nur zu einer Wahlmüdigkeit im allgemeinen führen, sondern es wird mit Sicherheit auch gerade diejenigen Wähler von der Urne fernhalten, die sich als Persönlichkeiten fühlen und welche die schon gekennzeichneten starren Listen als eine Unwürdigkeit empfinden.

Wohl enthält das derzeit gültige Reichstagswahlrecht dieselben Mängel, diese sind aber durch die Tatsache gegeben, daß bereits 1924 der Entwurf eines Abänderungsgesetzes vorlag und daß gerade jetzt durch die Initiative der Zentrums-partei erneut eine Reform des Wahlrechts gefordert wird. Es müßte für den württembergischen Wähler ein peinliches Gefühl sein, noch einmal nach dem alten mangelhaften Recht wählen zu müssen, während in dem benachbarten Baden das Volk sich ein neues, dem Geist der Verfassung entsprechendes Wahlrecht geschaffen hat, das ihm ausschließlich den Bezirksabgeordneten wiederbringt.

Die gesetzliche Festlegung der Wahlkreise ist unumgänglich notwendig.

Hat der Wähler schon die Vorschlagsliste der Parteileitungen als ein gegen ihn und seine Rechte gerichtetes Vorgehen empfunden, so wirkt die im April 1924 beschlossene Möglichkeit, daß jede Partei ihre Wahlkreise selbst ganz nach Belieben zusammenstellen kann, als weitere Beschränkung der Wählerrechte. Ganze Bezirke fühlen sich durch eine solche beliebige Abgrenzung der Wahlkreise zurückgesetzt und niemand kann sich mehr zurecht finden in dem Grenzlinienwirrwarr der von den Parteileitungen selbst geschaffenen Wahlkreise. Es ist daran zu denken, daß nicht weniger als 20, jedoch nicht mehr als 30 Wahlkreise in Württemberg geschaffen werden; wenn dabei jeweils einige Oberamtsbezirke, die wirtschaftlich miteinander verbunden sind, zu einem größeren Wahlkreis gefügt werden, so wird dies von den Wählern überall verstanden werden. Die Vorschläge der einzelnen Wählervereinigungen dieser im Gesetz festgelegten kleineren Wahlkreise sollten auf 2 bis 3 Personen beschränkt bleiben; bei großen Wahlkreisen wie Stuttgart-Stadt müßte diese Zahl selbstverständlich angemessen erhöht werden.

Einer der Hauptpunkte im bisherigen Wahlrecht, gegen den sich der Unwille und der Widerstand des Wählers richtet, ist, wie schon oben erwähnt, die lange und gebundene Liste, bei der ihm zugemutet wird, Personen zu wählen, die er entweder gar nicht kennt oder die er im Einzelfall ablehnen würde und von denen er zum Ueberfluß auch noch weiß, daß sie ernsthaft überhaupt nicht in Frage kommen. Abhilfe schafft hier nur die Einführung der Einerwahl in der Weise, daß der Wähler nur einer einzigen Person seines Vertrauens die Stimme gibt. Die Diskussion der Frage der Wahlrechtsreform hat erfreulicherweise die Möglichkeiten aufgezeigt, auch bei der reinen Einerwahl den Grundgedanken des Verhältniswahlrechts unverfälscht zum Ausdruck zu bringen.

Was die Frage anbelangt, ob eine Landesliste beibehalten oder ob nach dem badischen Vorgang auf dieselbe verzichtet

Der eine weist vielleicht auf günstigere Preise hin, die ihn dazu veranlassen, seinen Bedarf auswärts zu decken. Ein anderer glaubt, die einheimischen Gewerbetreibenden können ihm das nicht bieten, was er sich wünscht. Und beim Dritten ist es wieder eine mehr oder weniger berechtigte persönliche Abneigung gegen einen bestimmten Gewerbetreibenden, die dann leider nicht auf denselben beschränkt bleibt, sondern die auch andere zu spüren bekommen.

Daß darunter der ansässige Handwerker und Gewerbetreibende erheblich zu leiden hat und seine Lebensmöglichkeiten wesentlich beeinträchtigt und erschwert werden, liegt auf der Hand. Deshalb richtet das Handwerk an die Bevölkerung und alle Wirtschaftskreise, mit denen es im Geschäftsverkehr steht, die freundliche Mahnung, am Platze zu kaufen und die Aufträge dem einheimischen Gewerbetreibenden, soweit dies möglich ist, zuzumachen zu lassen. Dieser Ruf entspringt nicht nur der Sorge um die Erhaltung der eigenen Existenz. Das Handwerk weiß auch, welche Pflichten es dem Käufer und Auftraggeber gegenüber damit übernimmt. Jedenfalls war und ist es immer bestrebt gewesen, Ausnahmen kommen überall vor, das Beste zu leisten und seine Kundschaft zufriedenzustellen. Niemand wird dem Handwerker dafür einen angemessenen Lohn und Verdienst abstreifen wollen. Die billige Ware oder Lieferung ist zudem bei weitem nicht immer die beste. Rechnet man dazu die Mehrkosten, die eine Bestellung oder ein Kauf in einem fremden Geschäft vielfach mit sich bringt, Postspesen, Bahnfahrt, Zeitverlust u. a., so kommt schließlich eine solche Ware oft viel teurer zu stehen, als wenn sie am Platze gekauft worden wäre, ohne daß dabei in jedem Falle die Gewähr für gute und zweckentsprechende Ausführung derselben auch wirklich geboten ist. Jeder, der wirtschaftlich denkt und in seinen Erwartungen später nicht enttäuscht sein will, wird sich darüber besinnen, ob bei dem angebotenen Preis überhaupt eine gute Arbeit geliefert werden kann, oder ob er sich nicht weit besser stellt, wenn er dem den Auftrag gibt, welcher zwar einen etwas höheren Preis fordert, von dem er aber auch mit Recht eine entsprechende Arbeit verlangen kann. Auf diesem Grundlag steht auch die Reichsverordnungsordnung, in der die Richtlinien für Vergabe öffentl. Bauarbeiten aufgestellt sind. Ihre Aufgabe ist nicht, eine gesunde Konkurrenz zu unterbinden, sondern auf der Grundlage des angemessenen Preises zwischen beiden Teilen, Handwerker und Auftraggeber, ein Vertrauensverhältnis herzustellen, wie es bei jeder guten Arbeit notwendig ist.

Die Verbraucherschaft, das kann nicht oft genug betont werden, hat es außerdem selbst in der Hand, ihre Wünsche und Bedürfnisse auch am Platze voll und ganz befriedigt zu sehen. Weß der einheimische Gewerbetreibende, daß er seine Erzeugnisse absetzen vermag, so wird er auch nichts unversucht lassen, den heutigen Ansprüchen auf Ausstattung, Auswahl usw. in größtmöglichem Umfang gerecht zu werden.

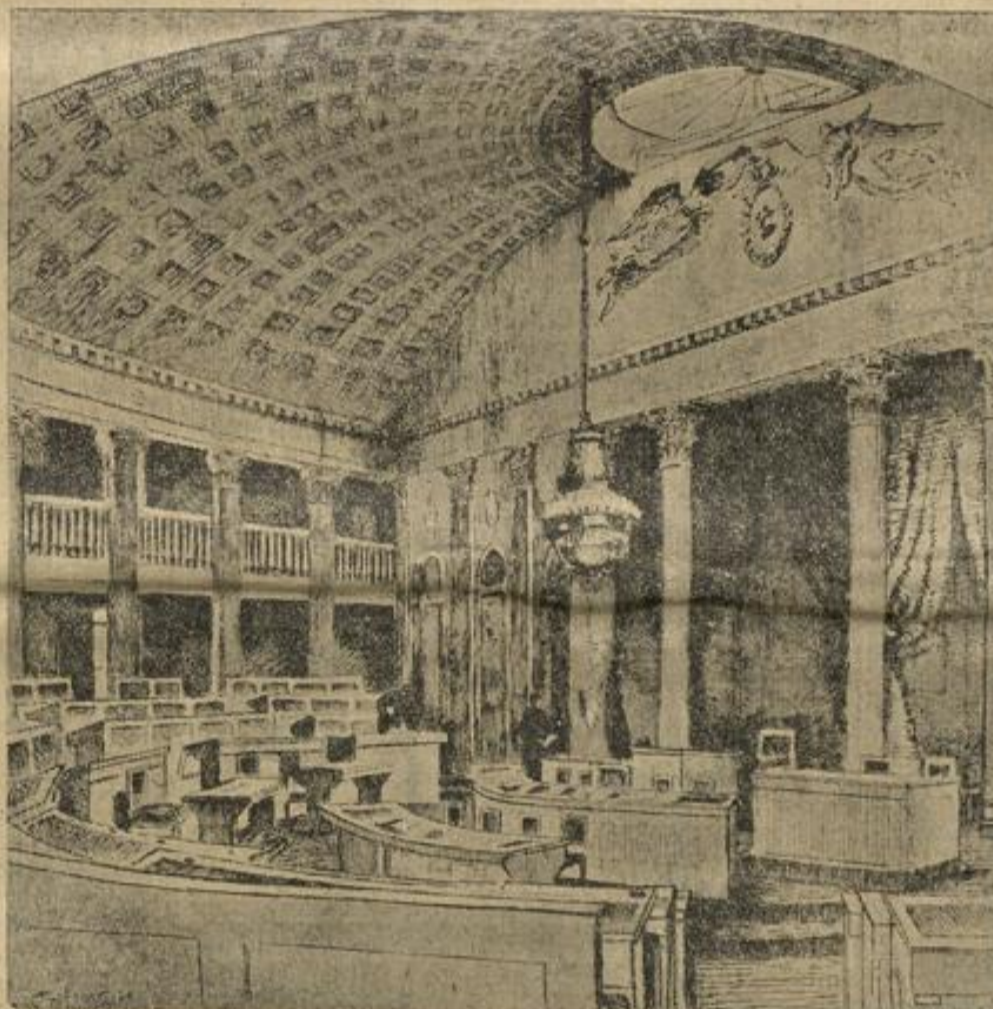
Nicht zu unterschätzen ist der Vorteil, daß bei regem Geschäftsvorgängen der Handwerker die Anforderungen der Kundschaft kennen lernt und so in der Lage ist, die ihm aufgetragene Arbeit in entsprechender Weise auszuführen. Mag ein Haus zu erstellen sein oder es sich sonst um ein Werk handeln, der Kunde und Auftraggeber erspart sich viel Mühe und Zeit, wenn sein Lieferant am gleichen Orte sich befindet, wo Gelegenheit gegeben ist, alles genau zu besprechen, Änderungen rechtzeitig und ohne viel Umstände mitzutellen.

Das so angebahnte Vertrauen des Kunden in seine Lieferanten findet jederzeit Anerkennung und Erwidmung bei letzteren.

Abgesehen davon, daß die Interessen des einzelnen, wie in kurzen Worten dargelegt, genau so gut, wenn nicht noch besser, gewahrt sind, wenn er beim einheimischen Gewerbe seinen Bedarf deckt, hat der Ruf „Kauft am Platze“ eine außerordentlich große allgemeinwirtschaftliche Bedeutung. Ueberall zeigt sich heute das Bestreben, das gewerbliche Leben zu heben und zu fördern, weil man erkannt hat, daß davon eine gesunde weitere Entwicklung der Gemeinden und dadurch zugleich für das Wohl ihrer Bewohner sehr viel abhängt. Man braucht nur an die vielen Aufgaben zu denken, welche jeder Ort, auch der kleinste, zu erfüllen hat. Je blühender das gewerbliche Leben ist, desto eher wird die Gemeinde ihren Aufgaben nachkommen können zum Nutzen des Ganzen wie der einzelnen Glieder. Ein wirtschaftlich stark fundiertes Gemeinwesen, gestützt auf die tragfähigen Schultern seiner Bürger, vermag weit besser eine wirtschaftliche Krise zu überwinden, als dasjenige, in dem das gewerbliche Leben nicht gefördert und unterstützt wird, die Betriebe zu verkümmern drohen.

Und was ein gesunder gewerblicher Mittelstand für das Leben in der Gemeinde nach der kulturellen und sozialen Seite hin bedeutet, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Jedermann kann und soll dazu beitragen, daß das einheimische Handwerk sich kräftig weiter entwickeln kann, indem es bei der Vergabe der Arbeiten berücksichtigt wird und so genügend Arbeit und Verdienst erhält.



Der Halbmondsaal im württembergischen Landtagsgebäude
Nach einer Original-Radierung von Prof. A. Eckener 1926.

werden soll, so geht der Antrag des Verbandes dahin, daß, wenn die Landesliste beibehalten wird, die Zahl der auf ihr gewählten Abgeordneten keinesfalls höher sein soll als 10 vom Hundert der in den Bezirken Gewählten, m. a. W., es sollen mindestens 90 vom Hundert der abgegebenen Stimmen den Kandidaten in den Bezirken zugute kommen, höchstens 10 vom Hundert den Bewerbern auf der Landesliste.

Der wichtigste Grund für die Forderung kleiner und geschäftlich festgelegter Wahlkreise ist der, daß der Abgeordnete sich nicht nur mit einem Wahlkreis unmittelbar verbunden fühlen soll, sondern daß er dadurch auch wieder ein stärkeres Verantwortungsgefühl für die Anliegen derjenigen Wählerschichten bekommt, die nicht seiner Partei und seinem Beruf angehören. Dies würde auch wesentlich zu einem Ausgleich der oft allzu scharfen Gegensätzlichkeiten zwischen den einzelnen Parteivertretern führen.

Der Verband württ. Gewerbevereine hat davon Abstand genommen, bestimmt formulierte Änderungsvorschläge zu machen. Es ist aber notwendig, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß bei der notwendigen Wahlrechtsreform unter allen Umständen drei Fundamentalgrundsätze verwirklicht werden müssen:

1. Gesetzliche Festlegung kleinerer Wahlkreise.
2. Einerwahl, d. h. Stimmzettel mit nur einem Namen.
3. Beibehaltung des Systems der Verhältniswahlen, das sich mit der Forderung Ziffer 1 und 2 wohl verbinden läßt.

In derselben Weise muß auch dafür gesorgt werden, daß eine Reform des Reichstagswahlrechts vorgenommen wird. Die Mängel des bisherigen Wahlrechts sind so groß, daß eine baldige gesetzgeberische Erledigung verlangt werden muß.

Kauft am Platze!

Mancher, der diese Worte liest, mag auf den ersten Blick dem darin ausgesprochenen Wunsche der Geschäftswelt keine besondere Beachtung schenken. Es kann sein, daß sich sogar da und dort ein gewisser Widerspruch regt und es auch an verschiedenen Gründen nicht fehlt, mit denen man die Berechtigung einer solchen Bitte zu widerlegen sucht.

Zum Sonntag Es wird geschehen

Danke Nacht deckt unsre Pfade,
wo wir heimwehmüde wanken,
doch ein heller Glanz der Gnade
ist auf unserm Weg gefallen.
Al das Dunkel, all das Bangen
hast du, Herr, hinweggenommen,
und wir, die wir heimverlangen
werden nach der Heimat kommen.

Boerling.

Der kommende Christus Zum Adventsfest

In der Sophienkirche zu Konstantinopel, die einst der mächtigste Dom der orientalischen Christenheit war, seit der Eroberung der Stadt durch die Türken aber in eine Moschee verwandelt wurde, schimmert von der Decke des Chors, trotz der darüber gestrichenen Lünche noch immer erkennbar, das Mosaikbild Christi. Von diesem Bild geht die Sage, daß es einmal wieder in ursprünglicher Herrlichkeit durch die Hülle brechen und aufleuchten werde, zum Zeichen, daß das Kreuz den Halbmond überwinde.

Eine Sehnsucht, ja ein Ahnen solcher Art geht auch weithin durch unser Volk. Man empfindet, daß das landläufige, bloß gewohnheits- und stimmungsmäßige Christentum ein abgeblaßtes Christentum ist und das Bild des Erlösers mehr verhäßt als widerspiegelt. Seit 19 Jahrhunderten haben immer wieder Menschenhände das Christusbild überflutet. Wenn allein gewöhnliche Sterbliche dies Bild einander vorzeichnen, ja vorleben sollen, dann muß es selbst bei den Leuten leiden, dann trüben es die einen unwillkürlich, dann wählen die andern selbstsüchtige die Farben nach ihrem Geschmack. Nur eine Hoffnung gibt es für ein reines, urkräftiges Christentum: die Advents- hoffnung auf den kommenden Christus. Das Christusbild, das er selbst der Welt hinterlassen hat, ist nicht eine tote Sache, lediglich in den Evangelienbüchern geschildert. Er selbst steht dahinter, er selbst brach schon viele hunderttausend Male durch all die Uebermalungen, mit denen menschliche Schuld ihn sich und andern verdeckte, er selbst kommt und ruft heute der tiefen Sehnsucht nach echtem Christentum. Und endlich, wer weiß, nach welchen Welterschütterungen, wird vor aller Augen alle Lünche von seinem Bilde fallen...

Drum auf, ihr Suchenden, zum Adventsfest! Es gibt eine lebendige Kirche, die auf den kommenden, lebenden Christus hofft! S. Pfisterer.

Politische Wochenschau

Sie haben fast alle nacheinander gebeichtet, jene Männer, die feinerzeit dabei waren, als der Weltbrand losging. Natürlich suchten die Nächstbeteiligten sich möglichst zu entschuldigen, sich oder die Regierung, für die sie verantwortlich waren. So kamen die „Memoiren“ über den Kriegsausbruch an die Öffentlichkeit. „Fast alle“ — einige allerdings hüllten sich noch in *schüchtern* oder *vorsichtig* oder *ignomine* in den Mantel der Verschwiegenheit —, und zu diesen Wenigen gehörte Sazonow, russischer Ministerpräsident von 1910 bis 1916, nebst Poincaré zweifelloser der Hauptschuldige bei der Brandstiftung, die so unsagbar viel Leid über die ganze Menschheit gebracht hat.

Nach den fast übereinstimmenden Forschungsergebnissen diesseits und jenseits des Ozeans war Sazonows Politik einzig und allein von dem zielbewußten Streben nach der russischen Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen, sowie nach einer Führerstellung Russlands auf dem Balkan, dem sogenannten Südbalkan, Serbien in erster Linie, bestimmt. Schon in den Balkanwirren 1912 nahm Sazonow Serbiens Partei gegen Oesterreich. Und wenn es damals nicht schon zu einem Weltkrieg kam, so ist das nur und allein der Mäßigung der Mittelmächte, vornehmlich Deutschlands, und der Abneigung Englands gegen einen Krieg in diesem Augenblick zu verdanken. Noch im Februar 1914 läßt Sazonow durch seinen Ministerrat in einer Denkschrift an den Zaren erklären: „Unsere historische Aufgabe bezüglich der Meerengen besteht in der Ausdehnung unserer Herrschaft auf dieselben.“

Und nun derselbe Sazonow läßt soeben eine Schrift in die Welt hinausgehen, die den Titel führt: „Sechs schwere Jahre“. „Memoiren“, die von Verdrehungen, Unrichtigkei-

ten, Lügen und Verleumdungen strotzen. Rußland habe absolut nicht nach Konstantinopel getrachtet; es habe nichts anderes gewollt, als seinen Bestand sichern. Deutschland aber sei für den allgemeinen Frieden, nicht nur etwa als europäische, sondern als Weltmacht gefährlich gewesen. Seine „imperialistischen“ Ziele seien mit der Existenz anderer Großmächte unvereinbar gewesen. Deutschland habe auch zuerst mobilisiert (1). Der Ausbruch „drohender Kriegszustand“ sei nur eine Verschleierung der schon am 30. Juli 1914 vollzogenen Kriegsbereitschaft gewesen.

Also genau das Gegenteil von dem, was ernste und rein sachliche Forscher bis jetzt festgestellt haben. Natürlich werden Sazonows Zeugnisse untern Feinden und solchen, „die nicht alle werden“, passen. Für andere aber ist das Buch erledigt.

Der Kampf der Großmächte um die Weltherrschaft wird in der Welt niemals aufhören, und deshalb wird es auch nie einen ungefährdeten Weltfrieden geben. Heute sind die Vereinigten Staaten an der Reihe. In demselben Augenblick, wo man sich zur Fortsetzung der Abrüstungskonferenz in Genf rüstet, stellt dasselbe Amerika, das sich an die Spitze der Seeabrüstung gestellt hat, ein gewaltiges Flottenbauprogramm (15 Kreuzer der 10 000-Tonnen-Klasse für 1928) auf. Nichts hindert Amerikas Präsidenten, Coolidge, an der Durchführung dieses Plans, auch nicht die Mitteilung, daß England den Bau von 2 Kreuzern aufschieben wolle, übrigens eine Mitteilung, die der amerikanische Vetter wohl mit Recht für einen nicht ernst gemeinten Bluff hält. Den furchtbaren Ernst dieser Lage hat unlängst Lord Riddell, ein alter Freund Lloyd Georges, in einer Wahlrede in Glasgow mit den Worten gezeichnet: Die meisten Völker seien den Ver. Staaten schwer verschuldet, und das habe Amerika bestimmt, eine „imperialistische Rüstungs- und Handelspolitik“ zu befolgen, welche den Frieden schwer bedrohe. Amerika strebe darnach, in der Weltpolitik eine führende Rolle zu spielen, ohne gleichzeitig eine Verantwortung übernehmen zu müssen.

Also Amerika rüstet auf. Und England? Bekanntlich hat es von Coolidges Vorschlag einer Kreuzereinschränkung nichts wissen wollen. Man sagt, der Finanzminister Churchill sei hauptsächlich dagegen gewesen. Man könne bei der völlig ungleichartigen Lagerung der beiden Seemächte unmöglich England dieselbe Zahl von Kreuzern wie den Ver. Staaten vorschreiben. Nachträglich schien London sich eines besseren besonnen zu haben. Aber zu spät! Doch nicht zu spät für die Konservativen, die bei den kommenden Wahlen der Opposition, welche sich für das Abrüstungsprogramm einsetzt, entgegenhalten kann:

Es ist jetzt höchste Zeit

den Bedarf an Schuhen und Stiefeln für den Winter zu decken. Schnee und Kälte können über Nacht hereinbrechen, unvermutet können Einladungen zu Gesellschaften erfolgen oder sonstige Ereignisse eintreten, die hohe Ansprüche an das Schuhwerk stellen. In meinem Geschäfte können Sie

Schuhe aller Arten besichtigen

vom derben Gebrauchsstiefel bis zum feinsten, elegantesten Schuh, vom bequemen, warmen Hausschuh bis zum neckischen Salonschuhchen der Modedame. Ich stelle meine Waren

nicht nur in den Schaufenstern

aus, sondern habe eine noch viel größere Auswahl im Laden, wo Sie sich das Passende in aller Ruhe aussuchen und anprobieren können. Alle Wünsche können befriedigt werden, denn Sie haben

im Schuhspezialgeschäft unbedingte Sicherheit für richtige Bedienung und gegen Uebervorteilung jeglicher Art

Schuhhaus Herm. Lutz

wobei er beständig nach der Uhr sah. Ein moderner Musikautomat schmetterte seine lustigen Weisen ins Stimmengewirr angeheiteter Gäfte und schon flammete das elektrische Licht auf, den Qualm des weiten Zimmers durchdringend. Eben dachte Hammaus daran, den Kellner nach dem Direktor Vogel zu fragen, als ein etwa fünf- und zwanzigjähriger junger Mann in flotten Anzug an ihn herantrat, und, sich verneigend, flüsternd fragte: „Habe ich das Vergnügen, Herrn Gastwirt Hammaus zu sehen?“

„Ja, ja, der bin ich! Aber Sie...“
„Mein Name ist Bern, Sekretär bei Herrn Direktor Vogel. Er läßt sich vielfach entschuldigen, mein Herr, und bedauert, durch eine dringende Geschäftsreise verhindert zu sein, Sie zu begrüßen. Ich habe den geheimen Auftrag und die Vollmacht, die Sache mit Ihnen zu erledigen.“

„So so! Ah, das freut mich, Herr Sekretär! Aber hier geht das nicht!“
„Nein, nicht hier, Herr Hammaus! Folgen Sie mir, aber ganz unauffällig, nach einigen Minuten in das kleine Zimmer nebenan! Also!“ Der Sekretär nickte und verschwand.

Keine Minute verstrich, da sah der unruhige Wirt ihm schon gegenüber. Der Sekretär tat als ob er hier zu Hause sei und schloß ab. Hammaus frömte zitternd sein Gold und Silber heraus aus allen Rock- und Hosentaschen und zählte auf den Tisch. Ein wehmütiger Blick ruhte auf dem Gelde, er hätte es so gern behalten und auch das andere dazu genommen.

Mit hochwürdigem Miene zog der Sekretär Bern ein Päckchen Banknoten aus der seinen Brieftasche und zählte: eins, zwei, drei, bis zu zwölf Tausender, dann kamen noch zehn Hundert, naaerueue Banknoten. Hammaus gierigstehe Blicke überflogen den Reichtum und die knochige Hand strich ein mit Wohlbehagen: „Ich danke Ihnen, Herr Sekretär! Ich danke Ihnen! Aber — es wird mir zu spät — hat Ihnen der Herr Direktor

„Was wollt ihr denn? Wir bauen ja ab, so gut wie ihr.“

Ueber die Abrüstung zu Lande werden sich in der nächsten Woche die Herren — wieder einmal — in Genf unterhalten. Für die Tagung sind nur vier Tage in Aussicht genommen. Neu ist in der Zusammensetzung der erlauchten Kommission, daß die Russen diesmal dabei sind: Litwinow, der Stellvertreter des Außenministers Tschitscherin, der Unterrichtsminister Lanatscharki, ein Gewerkschaftsführer, der stellvertretende Generalstabschef und ein Admiral. Das sieht nicht so aus, als ob man nur zu einem Spiel nach Genf reisen wollte. Und in der französischen Presse konnte man allerlei Bemerkungen über die russischen Spielverberber lesen. Ja, es wurde dort und in der englischen Öffentlichkeit die Befürchtung geäußert, Mostau werde doch nicht Ernst machen wollen mit der Abrüstung oder gar verlangen, alle Völker müßten genau nach dem Schema der deutschen Entwaffnung behandelt werden? Uns kann es nicht schaden, wenn wir diesmal in Genf nicht wieder mutterseelen allein stehen. Denn was helfen alle schönen Redensarten vom Frieden, von der „potentiellen“ und „moralischen“ Abrüstung, wie sie die französische Diplomatie geprägt hat, es muß doch endlich einmal zu Taten, oder mindestens zu praktisch durchführbaren Beschritten kommen. Und wenn voraussichtlich wieder nichts erreicht und die Abrüstung weiter auf die lange Bank geschoben wird, so werden doch die Russen wenigstens ein deutliches Wort sprechen und den Schimmel bloßstellen, wie es die deutsche Abordnung bisher nicht gewagt hat.

Im übrigen spielt sich die Politik Englands, Frankreichs und Deutschlands unter dem Zeichen der kommenden Wahlen ab. Das Weltwahljahr 1928 wirft jetzt schon seine dunklen Schatten in die Parlamente voraus. Die Opposition schürft alle Waffen gegen die Regierung, und diese hat keinen leichteren Stand, ihre seitherigen Leistungen zu verteidigen.

Das gilt auch von Deutschland, vielleicht noch mehr als von England, obwohl hier zwei hervorragende Männer, Lloyd George und Lord Robert Cecil, gegen den gewaltigen Block der Regierung, die seit Menschen- gedenken über keine so große Mehrheit verfügt hat, anrennen. Unser Reichstag hat am Dienstag wieder mit seinen Sitzungen begonnen. Selten hatte eine Wintertagung einen so wichtigen und großen Stoff zu bewältigen. Wir nennen nur die drei Entwürfe, die jetzt schon überall Staub aufgewirbelt haben: die Beamtenbesoldungsreform, das Reichsschulgesetz und das Kriegsschädenschlußgesetz, und nicht zu vergessen: der Reichshaushalt 1928, jener Haushalt, in welchem erstmals die Volleistung des Dawesplans sich auswirken soll.

Inzwischen ist wenigstens ein guter Anfang gemacht worden: die Genehmigung des deutsch-französischen Handelsvertrags, eines Vertrags, dessen Abschluß endlos Mühe gekostet hat. Auch hört man, daß Dr. Stresemann mit dem polnischen Vertrag vorwärts gekommen sei, auch eine Sache von größter wirtschaftlicher Bedeutung für unsere Ostmark.

Viele ungelöste Fragen — wir erinnern nur an die Verwaltungsreform und an das neu zu gestaltende Verhältnis von Reich und Ländern — werden die politische Erörterung der kommenden Wochen aufs lebhafteste beschäftigen und die deutsche Volksseele im Tiefsten auf erwecken! Möge ihr selbst kein dauernder Schaden daraus erwachsen!
W. H.

Widerwillen gegen Medizin. Es gibt Patienten, deren Natur sich dagegen sträubt, Medizin zu sich zu nehmen. Ihre Antipathie erstreckt sich oft auf die einfachsten und bekanntesten Mittel. Ja, es gibt Leute, die sich sogar mit Abscheu von jedem Hustenpräparat abwenden, dessen Zusammenstellung doch selten irgend welche schädlichen Substanzen aufweisen kann. Merkwürdigerweise scheint hier solchen Medizinern ihr Instinkt durchaus nicht das Unrichtige zu sagen, denn es gibt gewisse Hustenmittel, darunter auch Mineralpflaster, die schädlich wirken, ohne gerade giftig zu sein. So zum Beispiel jene billigen Hustenbonbons, die den bekannten Kaiser'schen Brust-Caramellen in Aussehen, Form und Packung nachgeahmt werden. Solche Imitationen weisen statt den heilwirkenden Extrakten meist nur den Zuckerverwert auf. Zucker aber, in Mengen genossen, erzeugt Magenverstimmung und als deren Konsequenz Appetitlosigkeit. Am besten und sichersten bleibt es schon, in den Apotheken und Drogerien ausdrücklich zu fordern: Kaiser's Brust-Caramellen „mit den 3 Tannen“. — Diese erzeugen nie Magenverstimmung, sondern wirken — im Gegenteil — appetitanregend.

Der Fluch eines Dorfes

Roman von E. Hanson.

47. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Sie kommen mit Ihrem Fuhrwerk hin und nehmen auch den Wein und die Ware mit, die ich für Sie bereitstellen lasse“ sagte der Direktor beim herzfreundlichen Abschied auf dem Bahnhofe und drückte Hammaus fest die Hand. Bald trug der Zug den freundlichen Herrn der Großstadt entgegen, Hammaus aber schlug auf seine Füchse vor Lust: Hurrah! es ging voran, es gab Geld, Geld!

Der Wirt konnte kaum den zweitnächsten Tag erwarten. Er lebte schon völlig in dem kommenden Reichtum, in dem ersehnten Glücke, das ihm auf so leichte Art werden sollte. Das Gold und Silber seines Bruders August, das dieser seither als Kleinod gehütet hatte, packte er am Vormittage zu dem seinen. Am frühen Nachmittag fuhr er nach der Großstadt. Emma mußte ihn begleiten. Sie wußte nicht um was es ginge. Hammaus war so wortfarg auf dem Wege, seine Gedanken waren nur bei dem Riesengewinn.

Es tauchten die ersten Häuser der Vorstadt auf. Noch eine halbe Stunde Kreuz- und Quersfahren, dann hielt man vor der „Maupe“ in der Bauergasse, einem Gasthaus mittlerer Güte, darin so ziemlich alle Stände verkehrten. Emma mußte bei den Pferden auf der Straße bleiben und Hammaus trat in ein geräumiges Gastlokal, darinnen es lebhaft berging. Kaum eingetreten fruste er und ließ seine kleinen Augen forschend über die bunte Menge gehen. Er suchte den Direktor Vogel. Unter Tausenden hätte er ihn gefunden, so fest war das Bild des stattlichen Herrn mit dem Vollbarte bei ihm eingepträgt. Der Direktor war sicher noch nicht da, es war noch etwas frühe. In einem Eckchen fand der Wirt von Dellheim Zerstreuung, bestellte ein Glas Wein und rückte nervös auf dem Stuhle hin und her,

nichts weiteres gesagt? Ich sollte Ware bekommen, Wein und noch Verschiedenes.“

„Ach ja! Nun, Herr Hammaus, Sie können ja doch das Versprochene nicht fragen, Sie kommen dann wohl ein andermal mit der Fuhr her, nicht?“

„Ich habe ja mein Fuhrwerk draußen stehen, Herr Sekretär!“ gab der Wirt hastig zurild.

„Ach!“ sagte der Sekretär gedehnt, „das ging heute alles in Ueberesse! Mißverständnis! Warten Sie, Wir fahren dann vor die Privatwohnung des Direktors, einer Villa in der Mondstraße, Nummer 25. Behalten Sie sich gut!“

„Mondstraße?“ fragte der Wirt. „Ich kenne doch die ganze Stadt, komme jede Woche hierher — aber Mondstraße, wo ist die?“

„Es ist eine neu angelegte Außenstraße — geben Sie acht!“ Der Sekretär beschrieb dem Wirt den Weg durch altbekannte Straßen bis ans jenseitige Ende der Stadt, und fügte nach einigem Besinnen hinzu: „Es ist am Besten, ich fahre mit meinem Auto voraus und bringe alles in Ordnung bis Sie kommen. Dann verlieren Sie keine Zeit, es wird bald Nacht!“ Also auf Wiedersehen nachher!“

Sie traten beide auf die neblige, unruhvolle Straße wo Emma fröhlich neben dem Pferde stand. Der elegante junge Mann nickte, noch einmal freundlich und verschwand im zunehmenden Gewoge der Passanten. Hammaus karrte die Tochter auf und sagte wie weit sie noch zu fahren hätten.

„Ach Vater — so weit noch — es ist ja schon Abend! Ich dachte wir würden heimfahren.“

„Sei nicht so ängstlich, Emma! Wir wissen schon um was wir fahren, es lohnt sich!“ beruhigte der Wirt die schon betäubte Tochter und zündete die Wagenlaterne an. Fort ging's durch das Gewühl der Straßen, darin das ländliche Fuhrwerk, das keinen Augenblick vor dem Anrennen sicher war.

(Fortsetzung folgt)